

# LINKE gestärkt im europäischen Parlament

Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden: DIE LINKE aus Deutschland wird gestärkt im Europäischen Parlament vertreten sein. Anstelle bisher sieben werden nun mindestens acht Mitglieder der LINKEN aus der Bundesrepublik in Straßburg für mehr soziale Gerechtigkeit, Solidarität, direkte Demokratie, Frieden und Abrüstung streiten. Mit dabei: Helmut Scholz (siehe Foto) aus Brandenburg. Er tritt die Nachfolge von Dr. Helmuth Markov an, der nach zwei Legislaturperioden in diesem Jahr nicht wieder für die oberste europäische Volksvertretung kandidiert hatte.

Im Vorfeld der Wahlen war der LINKEN immer wieder Europafeindlichkeit unterstellt worden, nur weil sie den Lissabon-Vertrag konsequent abgelehnt hat - wie übrigens eine Bevölkerungsmehrheit bei der Volksabstimmung in Irland auch. Dass eine solche Ablehnung nicht gleichbedeutend mit einem "Nein" zu einem gemeinsamen Europa ist, musste im Wahlkampf immer wieder beharrlich und geduldig argumentiert werden.

Leicht wird es im kommenden Europäischen Parlament für eine linke Fraktion nicht werden. In zahlreichen EU-Mitgliedsländern konnten die Rechten oder tatsächlich europäfeindliche oder -skeptische Kräfte zulegen. Besonders in den großen Mitgliedsstaaten sind die Sozialdemokraten für ihre unsoziale und neoliberale Politik zu Recht abgestraft worden. Konservative und (wirtschafts-)Liberalen konnten ihre Stimmenanteile in etwa halten.

Und auch für die LINKE wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Das interne Ziel für die Bundesrepublik "10% plus x" konnte nicht erreicht werden. Vor dem Hintergrund einer bisher ungekannten Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Verunsicherung vieler Menschen groß und ihr Vertrauen in die Lösungsmöglichkeiten der Politik klein. Der Europäischen Union wird angesichts der politischen Kräfteverhältnisse eine sozialere Politik nicht zugetraut, auch nicht mit einer stärkeren LINKEN. Dazu kommt eine allgemeine Politik- und Parteienverdrossenheit aufgrund der politischen Praxis der herrschenden Eliten, die sich die Gesellschaft und die Institutionen zur Beute gemacht haben und eine Politik betreiben, die im krassen Gegensatz zu den Mehrheitsinteressen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie der sozial Schwachen steht. Da war es schwer, mit Themen wie Mindestlohn oder Millionärssteuer durchzudringen, noch dazu, wo derartige Fragen vom Europäischen Parlament nicht zu lösen sind.

Aber Bange machen gilt nicht. DIE LINKE versteht sowohl den erfreulichen bundesweiten Stimmenzuwachs als Auftrag als auch ihren ersten Platz unter den Parteien in Brandenburg bei gleichzeitigem Stimmenverlust als Herausforderung, noch konsequenter für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Solidarität, direkter Demokratie, Frieden Abrüstung aktiv zu werden. Die Wählerinnen und Wähler sollen darüber hinaus erkennen: DIE LINKE hat gute Konzepte für eine besser Bildungspolitik, für einen lebensfähigen wirtschaftlichen Mittelstand, mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze und regionale Wirtschaftskreisläufe, für mehr Geschlechtergerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben von Frauen, für familienfreundlichere Städte und Gemeinden, für gleichwertige Lebensverhältnisse auch in ländlichen Räumen, gegen Agrogentechnik und Atomkraftwerke, für einen schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und eine stärkere Förderung alternativer Energien, für eine gesunde Ernährung, eine solidarische Wirtschaftsordnung in der Einen Welt und last but not least für konsequenten Klimaschutz. Wir wissen: Es reicht nicht,

nur Kritik an den herrschenden Verhältnissen anzumelden. Es kommt darauf an, sie verändern zu können und dies auch anzupacken. DIE LINKE ist dazu bereit. Überzeugen Sie sich davon.